

FORMEN UND SPEZIFIKA DES RECHTSEXTREMISMUS IN DEN NEUEN LÄNDERN

SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE POLITIK
UND DIE POLITISCHE BILDUNG

Rudolf van Hüllen

1. RECHTSEXTREMISMUS – EIN PHÄNOMEN DER NEUEN BUNDESLÄNDER?

Die – zumeist negativen – Schlagzeilen, die Rechtsextremismus in der Presse erzeugt, kommen überdurchschnittlich oft aus den neuen Bundesländern. Gleichwohl wäre der Eindruck falsch, beim zeitgenössischen Rechtsextremismus handele es sich um ein „ostdeutsches“ Phänomen. Er ist nicht einmal ein spezifisch deutsches Problem: Praktisch alle westeuropäischen Nachbarländer kennen mindestens rechtsgerichtete populistische Parteien von einiger Größe, und in den jungen Demokratien Osteuropas sind zuvor von der kommunistischen Gewaltherrschaft nur oberflächlich unterdrückte nationalistische Bewegungen wieder sichtbar geworden. Ethnisch, sozial und fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten kommen selbst in gefestigten Demokratien vor. Richtig ist aber, dass im innerdeutschen Vergleich Rechtsextremismus in den neuen Ländern günstigere „Gelegenheitsstrukturen“ vorfindet; die *breeding grounds* sind hier deutlich ausgeprägter und die Folgen werden – anders als in

den alten Ländern – inzwischen auch auf der parlamentarischen Ebene in Gestalt von Wahlerfolgen und Landtagsfraktionen sichtbar.

Ohne auf wissenschaftliche Kontroversen zu den Ursachen des Rechtsextremismus näher einzugehen, seien nur einzelne Faktoren benannt, die für eine stärkere Sichtbarkeit des Phänomens gerade in den neuen Ländern von Bedeutung sein dürften:

- Die Bürger in den neuen Ländern zeigen sich bei Wahlen „experimentierfreudiger“, traditionelle Parteibindungen wie im Westen sind weniger ausgeprägt. Damit steigt die Bereitschaft, unkonventionelle und eben gelegentlich extremistische Politikangebote anzunehmen. Ein *Cordon sanitaire* der Ablehnung gegenüber extremistischen Formationen fehlt weitgehend, das zeigt sich abgesehen von den Wahlerfolgen der Rechtsextremisten auch in der umstandslosen Wahrnehmung der mehrfach umbenannten SED als demokratische Partei.
- Demokratische Werthaltungen sind weniger selbstverständlich verankert; die Zustimmungswerte zur Aussage, dass Demokratie die beste Staatsform sei, sind weniger hoch, Demokratie- und Politikverdrossenheit weiter verbreitet.
- Stimmabgaben für rechtsextremistische Parteien werden zum Teil auch als Protest und „Denkzettel“ gegen die „Etablierten“ benutzt. Ähnliches gilt für politische Aktionen unter rechtsextremistischen Vorzeichen: Auch hier spielt der hohe Provokationswert gerade bei jugendlichen Akteuren eine Rolle.
- Die Protestwahltheorie reicht allerdings zur Erklärung rechtsextremistischer Wahlerfolge nicht mehr aus. Wahlanalysen zeigen, dass auch Themen von Rechtsextremisten und Teile ihrer Agitation bei Wählern auf ein positives Echo stoßen.
- Kenntnisse über den historischen Nationalsozialismus sind nach wie vor stark von den Geschichtsklitterungen des „verordneten Antifaschismus“ der DDR geprägt; insbesondere ist die Wissensvermittlung zur rassistischen Komponente des NS-Regimes optimierungsbedürftig.
- Schließlich knüpft rechtsextremistische Agitation mit spezifisch „sozialistischen“ Tönen an mentale Reste von „DDR-Identitäten“ an: Stärkere Gewichtung von Gleichheits- gegenüber Freiheitswerten, ein Verständnis des Staates als paternalistischer Sozialdienstleister, aber auch ein verharmlosendes Bild der SED-Diktatur sind Faktoren, die Rechtsextremisten heute mit Erfolg für sich nutzen.

2. ENTWICKLUNGSLINIEN DES RECHTSEXTREMISMUS

Für die heutige Situation in den neuen Bundesländern sind die Entwicklungslinien des Rechtsextremismus von Bedeutung. Sie beginnen nicht nur unter dem SED-Regime, sondern haben auch einen Teil ihrer Wurzeln in der spezifisch autoritären Prägung der DDR-Gesellschaft. Mit einem geschätzten Potenzial von rund 15.000, teilweise gewaltbereiten, Rechtsextremisten bereits Jahre vor 1989 war schon zu DDR-Zeiten der Boden für die heutige rechtsextremistische Szene bereitet.¹ Sie trat in den ersten Jahren nach der Einheit bevorzugt durch – oft spontan und unter erheblichem Alkoholeinfluss zustande gekommene – Gewalttaten gegen sozial „Andere“ wie Ausländer, Obdachlose, Linke oder Behinderte in Erscheinung. Besonders im ländlichen Raum kam es zur bandenmäßigen Verfestigung rechtsextremistischer Subkulturen, aus denen die heutigen neonazistischen „Kameradschaften“ hervorgingen. Eine wirksame politische Bündelung des Potenzials gelang – abgesehen von dem Strohfeuer des Wahlerfolgs der DVU 1998 in Sachsen-Anhalt – in den letzten Jahren erst der NPD.

Ihre Wahlergebnisse bei Landtags- und Kommunalwahlen deuten darauf hin, dass Rechtsextremismus nicht mehr nur ein Image- und Polizeiproblem ist, sondern sich als politischer Faktor verstetigt hat. Darauf deuten leider auch die Hintergründe der Wahlerfolge der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen (September 2004) und Mecklenburg-Vorpommern (September 2006) hin.

Die NPD hatte schon bei der Bundestagswahl 2005 mit 748.568 Zweitstimmen 1,6 Prozent erzielen können. Dabei lag ihr Zweitstimmenanteil in den alten Bundesländern bei 1,1 Prozent, in den neuen Bundesländern aber bei 3,6 Prozent (319.092 Stimmen). In Sachsen hatte sie 4,8 Prozent, in Thüringen 3,7 Prozent und in Mecklenburg-Vorpommern 3,5 Prozent eingefahren.

Insofern kam der Einzug in die Landtage von Sachsen (19. September 2004 mit 9,2 Prozent) und in Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006 mit 7,3 Prozent) nicht wirklich überraschend. Hinzu kommt, dass diese Stimmanteile nicht für eine rechtspopulistische und scheinseriös auftretende Partei abgegeben wurden, sondern für eine Gruppierung, die offen neonationalsozialistisch auftrat und den Institutionen und Grundwerten der Demokratie insgesamt den Kampf angesagt hatte.

Betrachtet man die Wählermotivation, so fällt auf, dass die NPD keinen auf ihre Kandidaten zugeschnittenen Persönlichkeitswahlkampf geführt hatte. Diese Botschaft war angekommen. Die Motivation der Wähler, ihre Stimme für die NPD abzugeben, bezog sich auf die von der Partei thematisierten Politikfelder, und nicht viel anders stellen sich die Werte für die Wiederwahl der DVU in den Landtag des Landes Brandenburg dar:

	DVU Brandenburg 2004	NPD Sachsen 2004	NPD Meck.-Vorp. 2006
	in Prozent		
Arbeitsmarktpolitik	50	57	39
Soziale Gerechtigkeit	28	28	34
Wirtschaftspolitik	30	26	nicht erhoben
Migrationspolitik	28	38	40

Die Tabelle zeigt, dass 2004 die Arbeitsmarktreformen im Zentrum rechtsextremistischer Sozialagitation standen.² 2006 dagegen rückte das bei Rechtsextremisten traditionelle Thema „Ausländer“/Migrationspolitik wieder nach vorne. Es spielt für die Langlebigkeit dieser Vorurteilsstruktur keine Rolle, ob tatsächlich negative Erfahrungen mit Migranten gemacht werden können oder nicht, weil deren Anteil an der Bevölkerung wie in den neuen Bundesländern (ausgenommen Berlin) kaum zwei Prozent überschreitet. Als Motive für ihre Stimmenabgabe zugunsten der NPD nannten die Befragten mit 47 Prozent die Migrationsproblematik und mit 46 Prozent die Arbeitsmarktpolitik. In allen Fällen waren lediglich je rund zehn Prozent der Befragten von einer feststehenden Parteibindung oder von den angebotenen Kandidaten als Persönlichkeiten zur Wahl motiviert worden.

Gegen die Annahme eines ideologisch gefestigten und mit Argumenten nicht mehr erreichbaren rechtsextremistischen Elektorats spricht indessen die Herkunft der NPD-Wähler. Bei der Landtagswahl in Sachsen (19. September 2004) stammten rund vierzig Prozent der NPD-Stimmen von bisherigen Nichtwählern, siebzehn Prozent von Jung- und Erstwählern. Fast 25 Prozent waren frühere CDU-Wähler, sechs Prozent frühere PDS-Wähler, rund zwei Prozent frühere SPD-Wähler. Bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern (17. September 2006) bezog die NPD 21 Prozent aus dem Fundus der Nichtwähler, dreizehn Prozent aus Jung- und Erstwählern, 23 Prozent aus früheren CDU-, dreizehn Prozent aus früheren SPD- und acht Prozent aus früheren PDS-Wählern. Insoweit die

NPD als Zielgruppe auf junge Leute gesetzt hatte, ging ihre Rechnung auf: Unter den Jung- und Erstwählern erreichte sie in Sachsen einen Stimmenanteil von 21 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern immerhin noch von siebzehn Prozent. Auch in dieser jungen Alterskohorte war sie bei männlichen erfolgreicher als bei weiblichen Wählern. Der Anteil von Jungwählern in diesen Bundesländern alarmiert.

3. DIE AKTEURE DES RELEVANTEN RECHTSEXTREMISMUS

Dieses unerfreuliche Ergebnis haben Rechtsextremisten mit verhältnismäßig geringen Kräften zustande gebracht. Schon im internationalen Vergleich ist das Mitgliederpotenzial rechtsextremistischer Formationen in Deutschland mit knapp unter 40.000 Personen³ im Verhältnis zu den mehr als 80 Millionen Einwohnern relativ gering. Und von diesem Potenzial ist nicht einmal die Hälfte politisch relevant und in aktuell handlungsfähige Strukturen eingebunden. Unter diesen treten drei Akteure hervor:

- Die 1964 gegründete „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) ist nach richtiger Aussage eines Journalisten die älteste, aber zugleich auch die modernste rechtsextremistische Partei in Deutschland.⁴ Sie hat 7.000 Mitglieder; ihr stärkster Landesverband ist Sachsen mit 1.000 Mitgliedern. Rund 2.500 ihrer Mitglieder wohnen in den neuen Bundesländern. Die NPD hat in den letzten Jahren eine doppelte Wandlung vollzogen. Sie hat sich von einer traditionellen rechtsextremistischen Partei mit deutschnational-chauvinistischem Hintergrund zu einer offen neonazistischen Formation gewandelt und sich zugleich „modernisiert“: Ihr Auftreten und ihre Agitation sind professioneller, ihre rund siebzig Vollzeitkader sind selbstbewusster geworden. Die NPD verfügt über zehn Abgeordnete im sächsischen Landtag und über sechs im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.
- Die „Deutsche Volksunion“ (DVU), 1971 als Verein und 1987 als Partei gegründet, ist praktisch ein politisches Privatunternehmen ihres ewigen und sehr vermögenden Vorsitzenden Dr. Gerhard Frey. Er gibt die politische Richtung der „Phantompartei“ durch seine rechtsextremistischen Publikationen vor, zu denen vor allem die *National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung* (Auflage wöchentlich 40.000) zählt. Die Mitglieder der DVU entwickeln kaum Aktivitäten, ein eigenständiges Parteileben findet praktisch nicht statt. Die Partei bekennt sich formal zum Grundgesetz, ihre Programmatik und Agitation sind aber eindeutig rechtsextremistisch, vor allem fremdenfeindlich und unterschwellig antisemitisch. Die

DVU hat sechs Abgeordnete im Landtag des Landes Brandenburg und einen in der Bremischen Bürgerschaft. Innerhalb der rechtsextremistischen Szene und auch unter ihren Beobachtern gilt die DVU als Auslaufmodell. Sie wird in der Öffentlichkeit selbst mit ihren Landtagsfraktionen kaum wahrgenommen; ihre Funktionäre beginnen, zur NPD überzulaufen.

- „Kameradschaften“ oder „freie Nationalisten“ sind lose Zusammenschlüsse von bekennenden Neonationalsozialisten. Sie verzichten – als Reaktion auf Organisationsverbote in den neunziger Jahren – heute weitgehend auf formelle und juristisch fassbare Strukturen. Selten sind diese Gruppen größer als 25 Personen und zumeist örtlich verankert. In den letzten Jahren ist unter den 4.100 Anhängern dieser Szene ein Trend zu einem taktisch zivilisierteren Auftreten erkennbar; martialisches Kleidungsstück, Gewalt- und Alkoholexzesse werden eher vermieden. Die meisten „Kameradschaftler“ stehen dem „Bündnis“ positiv gegenüber, doch ist die Zusammenarbeit nicht überall spannungsfrei.
- Neben den „Kameradschaftlern“ existiert weiterhin eine rund 10.000 Anhänger umfassende rechtsextremistische Skinhead-Szene⁵, die junge Leute über Musik an sich zu binden versucht. Skinheads neigen nicht zu kontinuierlicher politischer Arbeit, stellen aber ein gewisses Mobilisierungspotenzial für die 17.000 Anhänger des „Bündnisses“ dar. Die Bedeutung der Skinhead-Szene ist allerdings rückläufig; in ländlichen Gebieten der neuen Bundesländer laufen anpolitisierte Jugendliche häufig unmittelbar den „Kameradschaften“ zu.

4. DAS NEUE GESICHT DES „MODERNISIERTEN“ RECHTSEXTREMISMUS

Nicht allein bestimmte Gelegenheitsstrukturen sind für die Ausbreitung von Rechtsextremismus verantwortlich. Entscheidend zu ihm beigetragen hat auch eine in den letzten Jahren erfolgte Modernisierung des rechtsextremistischen Politikangebots. „Modernisierung“ ist in diesem Zusammenhang durchaus ein ambivalenter Begriff. Während sich der Rechtsextremismus in seinem Erscheinungsbild und Auftreten tatsächlich modernisiert hat, haben wir es auf ideologisch-programmatischem Feld mit einer Rückwärts-„Modernisierung“ hin zu einem ausgeprägten Neonazismus finsterster Prägung zu tun.

Untersucht man zunächst die politikpraktische Modernisierung des Rechtsextremismus, so fallen folgende Aspekte ins Auge:

- *Strategisch konzipierte Bündnispolitik*: Die Zeiten einer uferlosen Zersplitterung des rechtsextremistischen Potenzials sind offenbar vorüber. Die beiden größeren Parteien NPD (mit steigender Tendenz 7.000 Mitglieder) und DVU (mit rückläufiger Tendenz 8.500 Mitglieder) haben im Januar 2005 ein als „Deutschland-Pakt“ bezeichnetes förmliches Bündnis geschlossen, das bisher zu halten scheint. Zusätzlich hat sich die NPD ideologisch und praktisch an die neonazistischen „Kameradschaften“ angenähert. Diesem Spektrum gehören bundesweit mehr als 4.000 Personen an; die große Mehrzahl der rund 180 Kameradschaften sind stark mit der NPD amalgamiert, so dass diese als dynamisches Scharnier zwischen den drei Elementen des rechtsextremistischen Bündnisses fungiert.
- *Konzentration der Kräfte auf erfolgversprechenden Arbeitsfeldern*: Das gilt einerseits geografisch. Die NPD erklärte die neuen Bundesländer zu ihrem Hauptwirkungsgebiet, weil sie dort überdurchschnittliche Erfolgsbedingungen zu erkennen glaubte. So konzentrierte sie ihre Kräfte erst in Sachsen, verschob sie dann nach Mecklenburg-Vorpommern. Das nächste Schwerpunktziel dürfte mit Blick auf herannahende Landtagswahlen Thüringen sein. Doch selbst in ihren „Schwerpunktländern“ vermeiden Rechtsextremisten eine Verzettlung ihrer Kräfte. Kandidiert und agitiert wird nur, wo man einigermaßen sichtbar präsent ist und ein Überwinden der Sperrklausel denkbar erscheint. Mit dieser Strategie korrespondiert eine Konzentration auf bestimmte Themenfelder, denen man Mobilisierungsfähigkeit zuschreibt: Anti-Kapitalismus, Soziale Gerechtigkeit, Anti-Amerikanismus, Migrationspolitik.
- *Professionalisierung durch Kaderbildung und -schulung*: Besonders NPD und Kameradschaften bemühen sich um die Heranbildung eines professionellen Dispositivs von Aktivisten. Das Idealbild des rechtsextremistischen „Parteisolddaten“ weist Ähnlichkeiten zum Typ des kommunistischen Parteikaders auf. Rekrutierungs- und Ausbildungsziel ist der hauptamtliche, in ideologischen Fragen überzeugte und sattelfeste Berufsrevolutionär, über den die Partei, weil opferbereit, familiär und beruflich ungebunden, jederzeit verfügen kann. Die Anzahl solcher Aktivisten ist zwar begrenzt; die Herausbildung eines Stammes rechtsextremistischer „Berufspolitiker“ dürfte aber schon durch die Präsenz von Rechtsextremisten in kommunalen Vertretungskörperschaften und in Landtagen zunehmen.

- *Verbessertes politisches Marketing:* Hierzu zählen eine professionelle Agitation und Propaganda, die Nutzung moderner Kommunikationsmittel, moderne Pressearbeit und die sorgfältige Auswahl „vorzeigbarer“ Parteikader. Die landläufige Vorstellung, dass Rechtsextremismus eine Hinterzimmerveranstaltung rückwärtsgewandter und eher sehr schlichter Gemüter ist, wird so plakativ widerlegt. Des Weiteren bemühen sich Rechtsextremisten um „bürgerne“ Aktionsformen, die oft regional-spezifisch ausgerichtet werden. Zum Marketing gehört, dass rechtsextremistische Politik als soziales und bürgerschaftliches Engagement „verpackt“ wird, und zwar besonders in Regionen, in denen die Zivilgesellschaft schwach verankert ist.
- *Taktische Zivilisierung, moderates Auftreten und Zielgruppenorientierung:* Rechtsextremismus bemüht sich, von der Gewalt- und Kriminalitätsaura wegzukommen, die ihn umgibt. Bei den zahllosen Demonstrationen, die von Rechtsextremisten angemeldet werden, haben die „Kameraden“ Weisung, ihre Gewaltneigungen im Zaum zu halten. Stellenweise ist das ursprüngliche martialische Erscheinungsbild mit Glatzen, Springerstiefeln und Baseballschlägern einem „bürgerlichen“ Outfit der Aktivisten gewichen. Dieses scheinseriöse Erscheinungsbild soll Akzeptanz fördern und letztlich erreichen, dass Rechtsextremismus nicht mehr als gesellschaftlich geächtetes Phänomen, sondern als normaler politischer Akteur unter anderen erscheint.
- *Kulturelle Subversion:* Rechtsextremismus bemüht sich dementsprechend, als „soziale Bewegung“ wahrgenommen zu werden. Dazu engagiert er sich mit Aktivitäten, die von der Bevölkerung als „soziales Engagement“ missverstanden werden. Ein NPD-Funktionär hat schon vor Jahren solche Felder benannt: „Mit Aktionen wie Spielplatzsäuberung, Einkaufshilfe oder Liederabenden für alte Menschen, Baumpflanzung, Kinderbetreuung oder Lerngemeinschaften wird jenes soziale Engagement gezeigt und jene Volksgemeinschaft vorgelebt, die auch das Wesen des national befreiten Gemeinwesens ausmachen sollen“⁶. Besonders NPD und „Kameradschaften“ mühen sich, in den neuen Bundesländern in die Rolle des sozialpolitischen „Kümmerers“⁷ zu schlüpfen. Das Zitat belegt freilich ausdrücklich, dass es sich lediglich um eine subversive Taktik handelt, die im Dienste der menschenfeindlichen völkischen Ziele der Rechtsextremisten steht.

Dieser Befund lenkt den Blick auf die – in Anführungszeichen zu setzende – programmatische „Modernisierung“ des Rechtsextremismus. Wiederum kommt der NPD eine Schlüsselfunktion zu: Die nach ihrer Gründung 1964

eher großbürgerlich-deutschnationale Partei, prototypische Vertreterin der „Alten Rechten“, hat über die Jahre eine Radikalisierung erfahren, als deren Ergebnis uns heute eine völkisch-rassistische, im wörtlichen Sinne national-sozialistische Formation gegenübertritt. Die NPD bekennt sich zwar nicht zum NS-System als ihrem historischen Referenzmodell; gleichwohl sind alle Voraussetzungen gegeben, um die Partei als „nazifiziert“ einzustufen. Dafür spricht einerseits ihr enger Schulterschluss mit den neonazistischen „Kameradschaften“, deren Exponenten heute in den Vorständen und Fraktionen der NPD sitzen. Zum Anderen unterstreicht ein Vergleich ihrer ideologischen Grundpositionen mit denen der NSDAP die Wesensverwandschaft beider Parteien. Folgende Elemente treten besonders hervor:

- *Feindschaft gegen die Fundamentalnormen der Aufklärung:* Freiheit, Gleichheit und Humanität als zentrale Normen der Demokratie sind der NPD, den „Kameradschaften“ und – in geringerem Maße – der DVU fremd. Ausdrücklich führt die NPD einen „Kampf gegen die Menschenrechtsideologie“, von der „alle Menschen unsinnigerweise als gleich bezeichnet werden.“⁸ „Demokratie“ wird zwar als „Nationaldemokratie“ im Mund geführt, aber ausdrücklich im Sinne eines identitär-demokratischen Modells verstanden. Gesellschaftlichen Pluralismus und liberale Freiheitsrechte lehnt der „modernisierte“ Rechtsextremismus ab. Politische Systeme sind für die NPD und ihre Partner nicht das Ergebnis eines Gesellschaftsvertrags freier und gleicher Bürger, sondern ergeben sich aus Tradition und Erbgut einer „Volksgemeinschaft“.
- *Ethno-rassistisches Gesellschafts- und Menschenbild:* Die von den Rechtsextremisten angestrebte „Volksgemeinschaft“ als angeblich genetisch und kulturell-historisch bedingte Zwangsgemeinschaft ist biologistisch und offen rassistisch konturiert. Grundlage ist ein von der NPD propagiertes „lebensechtes Menschenbild“, das sich auf angeblicher Einsicht in die Verschiedenartigkeit von Menschenrassen, Ethnien und Nationen gründet. Dem Vorwurf, eine Wesensverwandschaft mit der rassistischen Praxis des Nationalsozialismus anzusteuern, weichen „moderne“ Rechtsextremisten aus und führen dagegen das Konzept des „Ethnopluralismus“ ins Feld: Sie betonen, zwar hätten alle Kulturen und Nationen ihre natürliche Berechtigung, müssten sich aber rein und unvermischt erhalten, um den Gefahren einer „multikulturellen Verausländerung“ und des Verlusts ihrer „natürlichen Identität“ zu entgehen. Internationale Kooperation und Konfliktbeilegung, Institutionen wie UN und EU, kultureller und wirtschaftlicher Austausch haben in diesem

Konzept keinen Platz. Für das System des Völkerrechts und der internationalen Konfliktregelung bedeuten die Visionen deutscher Rechtsextremisten letztlich die Rückkehr des Krieges und damit des Faustrechts als normalem Handlungsinstrument zur Durchsetzung „nationaler Souveränität“.

- **Feindbilder:** Aus der kruden Ideologie ergeben sich zahllose, oft nicht näher substantiierte Feindbilder der Rechtsextremisten. Zu ihnen gehören:
 - das politische Institutionengefüge (NPD-Diktion: „das System“),
 - die Grundwerte der Demokratie (NPD-Diktion: „Menschenrechtsideologie“ und „Westliche Wertegemeinschaft“),
 - das Prinzip offener Gesellschaften mit entwickelten internationalen Beziehungen, freiem Reiseverkehr und Warenaustausch (NPD-Diktion: „Multikulti“, „Globalismus“, „One World“),
 - die Marktwirtschaft und der Welthandel (NPD-Diktion: „Liberalkapitalismus“),
 - seltener konkrete Akteure und Politiker (NPD-Diktion: „Systempolitiker“),
 - die USA als Prototyp einer multikulturellen Gesellschaft und Träger eines „völkerzerstörenden Universalismus“ sowie
 - nicht immer deutlich ausgesprochen: das Judentum als angeblicher Träger des „Liberalkapitalismus“. Um nicht offen antisemitisch zu erscheinen, verwenden Rechtsextremisten für das „jüdische Finanzkapital“ die Chiffre „Ostküste“.

5. AUFGABEN FÜR POLITIK UND POLITISCHE BILDUNG

Rechtsextremismus ist in der deutschen Nachkriegsgeschichte stets in zyklischen Konjunkturen verlaufen. Eine dieser Wellenbewegungen brachte der NPD in den späten 1960er Jahren 28.000 Mitglieder, 61 Landtagsabgeordnete in neun Bundesländern und mehr als 400 Kommunalmandate. Davon ist die heutige Situation noch weit entfernt. Gleichwohl wäre es fahrlässig, auf ein selbsttätiges Auslaufen der derzeitigen Rechtsextremismuskonjunktur zu hoffen.

Politische Gegenmaßnahmen müssen unterschiedliche Zielgruppen berücksichtigen und können auf drei verschiedenen Interventionsebenen ansetzen.

Zielgruppen

Es geht in erster Linie darum, Wähler zurückzugewinnen, die sich für rechtsextremistische Formationen entschieden haben. Die Wahlforschung kennt, wie beschrieben, für deren Entscheidung unterschiedliche Motive. Selbstverständlich kann keineswegs davon ausgegangen werden, dass ein Kreuz für die NPD eine reflektierte und absichtsvolle Zustimmung zu den ideologischen Grundlagen eines völkisch-rassistischen NS-Gewaltregimes ist. Im Gegenteil muss eher davon ausgegangen werden, dass ein Teil der Wähler angesichts der fehlenden Politik- und Problemlösungskompetenz der rechtsextremistischen Parteien bei der nächsten Entscheidung anders votiert. Ein anderer Teil wird freilich Stammwählerverhalten und eine gewisse Parteibindung entwickeln und so zu einem fest gefügten Zustimmungssockel des rechtsextremistischen Segments beitragen – mag er auch bei deutlich unter fünf Prozent liegen.

Eine dezidierte Präventionsarbeit hat in jedem Falle Jugendlichen zu gelten, die von Rechtsextremisten heute ganz gezielt über Musik- und Freizeitevents „anpolitisiert“ und dann langsam an das Gedankengut und die sozialen Milieus von Rechtsextremisten herangeführt werden. Durch die jugendliche Altersstruktur vor allem der neonazistischen „Kameradschaften“ und der NPD haben diese relativ gute Chancen, sich einen Zugang zu jungen Menschen zu schaffen.

Vergleichsweise noch schwieriger dürfte die Zurückgewinnung überzeugter Sympathisanten und Anhänger des Rechtsextremismus fallen. Die Effekte pädagogischer Arbeit sind hier eher zurückhaltend einzuschätzen. Eher werden nach aller Erfahrung Einsichten in den menschenverachtenden Charakter der Ideologie, aber auch in die Diskrepanz zwischen der beschworenen „Kameradschaft“ und den offenen Gewaltverhältnissen in den Gruppen selber entscheidend für den Ausstieg aus rechtsextremistischen Milieus sein. Politik und politische Bildung müssen hier helfen klar zu machen, dass nach demokratischer Grundüberzeugung Menschen lernfähig sind, insbesondere aus christlicher oder humanistischer Wertorientierung heraus niemand verloren gegeben wird und jeder die Chance verdient, in die Gesellschaft zurückzukehren.

Politische Bildung gegen Rechtsextremismus muss sich aber auch an Menschen richten, die rechtsextremistische Politik völlig ablehnen: Bei den – bewussten oder unbewussten – Demokraten geht es um die Er-

munterung zu zivilgesellschaftlichem Engagement. Zur Stärkung der Gegenkräfte ist die Vermittlung von Grundwissen über Rechtsextremismus, von Gegenargumenten (also gleichermaßen begründeten wie auch begründenden Aussagen) zur Widerlegung faktenfälschender und geschichtsklitternder Agitation nachgerade von Neonazis erforderlich. Das bleibt Tagesaufgabe: Selbst engagierte Gegner in Kommunalpolitik, Lehrerschaft und andere Multiplikatoren reagieren oft auf die rechtsextremistische Herausforderung relativ hilflos. Dem gilt es entgegenzuwirken und die Verteidiger der freiheitlichen Ordnung argumentativ zu ertüchtigen. Denn die stellenweise sichtbar werdende Unsicherheit ist erklärbar: Mit camouflierter Nazi-Propaganda hatten sich die Träger der Demokratie bisher nicht wirklich auseinandersetzen müssen, weil es sie im öffentlichen Raum nicht gab.

Interventionsebenen

Politikwissenschaftler gehen davon aus, dass man Rechtsextremismus auf drei Interventionsebenen begegnen kann. Die erste betrifft das rechtsextremistische Politikangebot (Angebotsstruktur), die zweite dessen Akzeptanz und den Wunsch danach (Nachfragestruktur) und die dritte – davon eher unabhängig – spezifische „Gelegenheitsstrukturen“ extremistischer Politik.

Die erste Interventionsebene liegt in der Verringerung der rechtsextremistischen Angebotsstruktur. Es liegt auf der Hand, dass in diesem Kontext alle administrativen Mittel angewendet werden können, die von der wehrhaften Demokratie für solche Fälle vorgesehen sind. Gleichwohl ist vor einem Übermaß an Repression zu warnen: Es kann „Märtyrer“ erzeugen und bei offensichtlicher Ungleichbehandlung im Verhältnis zu anderen Formen des Extremismus das Vertrauen in Rechtsstaatlichkeit und Demokratie untergraben. Auch sind Verbote nur bedingt geeignet, politische Probleme zu lösen. Und schließlich steht die schärfste Waffe der wehrhaften Demokratie, das Verbot einer politischen Partei nach Artikel 21 GG, derzeit nicht zur Verfügung, weil das Bundesverfassungsgericht ein 2001 in Lauf gesetztes Verbotverfahren mit einer derart weltfremden Begründung hat scheitern lassen, dass künftige Vorstöße wohl ebenfalls zum Scheitern verurteilt wären. Der frühere Bundesminister des Innern Otto Schily brachte dieses Ergebnis insofern korrekt auf den Punkt als er erklärte, dass mit dem Entscheidungstenor des Bundesverfassungsgerichts vom März 2003 nicht einmal die NSDAP verboten werden könnte.

Politik kann sich bemühen, die Nachfragestruktur nach Rechtsextremismus zu verringern. Offensichtlich haben Rechtsextremisten Themen aufgegriffen und im Sinne ihrer Ziele instrumentalisiert, die von einem Teil der Bürger als Probleme wahrgenommen werden und bei deren Behandlung sie Defizite anderer Parteien zu erkennen glauben. Diesem Umstand entgeht man nicht, indem man solche Themen tabuisiert, weil sie auch von Rechtsextremisten benutzt werden. Viel mehr gilt es aufzuzeigen, dass sie auf demokratischer Grundlage bewältigt werden können: Die demokratischen Parteien müssen mithin ihre eigene Problemlösungskompetenz stärker herausstellen. Zugleich ist erforderlich, auf die ideologische Instrumentalisierung und die völlig fehlende Problemlösungskompetenz der Rechtsextremisten hinzuweisen. Das ist – abgesehen von der moralischen Verwerflichkeit völkisch-rassistischer Ideologie – auch an praktischen Politikfeldern möglich. Die NPD beispielsweise wird nicht müde, sich als Kämpfer für mehr Arbeitsplätze (wenngleich auch nur für Deutsche) in Szene zu setzen, will aber zugleich die Exportorientierung der deutschen Wirtschaft durch eine „raumorientierte Volkswirtschaft“ nach dem Vorbild nationalsozialistischer Autarkiemodelle ersetzen. Die verheerenden Folgen einer solchen Politik sind leicht zu extrapolieren.

Schließlich bieten jene „Gelegenheitsstrukturen“, die derzeit vor allem in den neuen Bundesländern die Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus befördern, Ansatzpunkte für Interventionen. Hierzu zählen Residuen einer spezifischen DDR-Mentalität, überzogene Erwartungen an den Staat als sozialer Dienstleister, verletzte Selbstwertgefühle, aber auch reale Probleme wie Abwanderung, marginalisierte Randlage, fehlender Wirtschaftsaufschwung, gespürte oder auch tatsächliche Perspektivlosigkeit gerade der jüngeren Generation. Hier gilt es, Gegenkräfte der Zivilgesellschaft zu stärken, die Überlegenheit der freiheitlichen Ordnung offensiv zu verteidigen und gegen die finsternen Visionen der Rechtsextremisten Position zu beziehen. Dies kann nicht von heute auf morgen erfolgreich sein, auch wird es nicht gelingen, alle zurückzuholen, die der Demagogie des nazifizierten Rechtsextremismus aufgesessen sind. Aber gerade für den Streit um politische Kultur jenseits tagespolitischer Sofortmaßnahmen gilt natürlich, dass es sich stets um das sprichwörtliche geduldige Bohren harter Bretter handelt.

- 1| *Zahlen nach: Stöss, Richard: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland. – 3., überarb. Aufl. – Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2000. – S. 64.*
- 2| *Das bezieht sich u.a. auf den in Sachsen-Anhalt und Thüringen augenfälligen Anspruch für die in ihrer Ideologie und Agitation geradezu archaische maoistische „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD), eine Sekte mit 2.000 Mitgliedern, der aber das erstaunliche Kunststück gelang, die „Montagsdemonstrationen“ des Sommers 2004 gegen Hartz IV „erfunden“ zu haben. Diese wurden dann als Erfolgsmodell vom PDS/DKP/WASG-Spektrum übernommen. In Eisenach (Thüringen) entschied die Stadtverwaltung sibiyllinisch, dass sich zwei konkurrierende Veranstalter von „Montagsdemonstrationen“ den zentralen Platz in der Stadt im Zweiwochenrhythmus zu teilen hätten. Hinter den beiden als „Bündnisse“ agierenden Veranstaltern steckten die NPD und die MLPD.*
- 3| *Zahlen nach dem Jahresbericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz.*
<http://www.verfassungsschutz.de>
- 4| *Staud, Toralf: Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD. – Köln: Kiepenheuer und Witsch, 2005. – S. 2.*
- 5| *Angaben der diversen Verfassungsschutzberichte. Zahlen solcher „Szenen“ lassen sich weniger genau bestimmen als Mitgliederzahlen politischer Parteien. Man darf davon ausgehen, dass die Verfassungsschutzbehörden bei ihrer Festlegung schon aus politischen Gründen eher zu Großzügigkeit als zur Unterschätzung neigen.*
- 6| *NPD-Funktionär Christian Rogler, in: Apfel, Holger (Hrsg.): Alles Große steht im Sturm. Tradition und Zukunft einer nationalen Partei. – Stuttgart: Deutsche Stimme-Verlag, 1999. – S. 165.*
- 7| *Zu dieser Figur vgl. Fischer, Benjamin: Die Kümmerer. Die Kommunalpolitik der extremen Rechten in Vorpommern. In: Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern e.V. (Hrsg.): Rechts oben. Vorpommern als Modellregion der extremen Rechten. – Waren: RAA, 2007. – S. 31-35.*
- 8| *NPD-Bundesvorstand (Hrsg.): Strategische Leitlinien zur politischen Arbeit der NPD. – Berlin, 2002. – S. 15.*